



Eidgenössisches Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VBS
3003 Bern

niklaus.tschan@baspo.admin.ch

**Sozialdemokratische
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Bern, 14. März 2026

Bundesbeschluss über die Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der OPWS 2038

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Vorbemerkung zur Verkürzung der Vernehmlassungsfrist:

Unabhängig von ihrer Stellung zum vorliegenden Bundesbeschluss erachtet die SP Schweiz die Verkürzung der Vernehmlassungsfrist zugunsten der Bewerbung für die Olympische Winterspiele 2038 als demokratiepolitisch problematisch. Die Verkürzung der Frist wird nicht durch objektive staatliche Dringlichkeit, sondern durch den Zeitplan eines privaten Vereins im Rahmen eines internationalen Bewerbungsverfahrens begründet. Die SP Schweiz erachtet es als zentral, dass internationale Zeitpläne nicht zu Lasten demokratischer Verfahren gehen. Die demokratische Legitimation muss in einem Projekt dieser Tragweite sorgfältig und transparent erfolgen. Aus Sicht der SP Schweiz ist die Reihenfolge klar: Zuerst demokratische Legitimation – dann internationale Verpflichtungen. Nicht umgekehrt. Ansonsten wird der Eindruck erweckt, dass man mit genügend

internationalem Druck demokratische Prozesse beschleunigen und/oder aushebeln kann. Demokratische Verfahren dürfen kein Hindernis sein, das man aus sportlichen Gründen verkürzen darf. Wer von Anfang an Zeitdruck aufbaut und Mitwirkungsrechte einschränkt, schwächt die Legitimation des gesamten Projekts.

Würdigung der Vorlage:

Durchführungskonzept:

Die SP Schweiz steht der Durchführung der beiden Grossanlässe der OPWS 2038 **skeptisch bis ablehnend gegenüber**. Positiv werten wir das Konzept des Vereins, für die OPWS in der Schweiz an bestehende Erfahrungen im Umgang mit der Organisation von grossen Sportveranstaltungen anzuknüpfen, nur auf vorhandene Anlagen und Infrastrukturen zu setzen sowie ganz auf neue Prestige-Bauten zu verzichten. Lokal verankerte Spiele – sie sollen verteilt auf 14 Gemeinden und 10 Kantone stattfinden – können die Tragfähigkeit eines Grossereignisses wie der OPWS erhöhen.

Finanzierungsmodell:

Ebenfalls positiv bewerten wir die Absicht des Bundesrates, **keine rechtliche Haftung für allfällige Defizite** aus der Durchführung der OPWS 2038 in der Schweiz zu übernehmen. Frühere Austragungen der Winterspiele liefen finanziell regelmässig aus dem Ruder. Gemäss einer Studie der Universität Oxford von 2024 haben bis dato *alle* Austragungen der Olympischen Spiele, egal ob im Sommer oder im Winter, die budgetierten Kosten überschritten, im Schnitt um 132 Prozent, wobei nicht das IOC, sondern die Gastgeberstadt bzw. -region die gesamtschuldnerische Haftung für Ausrichtung und Ablauf der Spiele übernimmt. Das vorliegende Finanzierungsmodell unterscheidet sich in seiner Architektur deutlich von früheren Olympiaprojekten. Der Bund begrenzt seinen direkten

Beitrag auf maximal 200 Millionen Franken und schliesst eine Defizitgarantie ausdrücklich aus. Gleichzeitig soll eine private Defizitgarantie in Höhe von mindestens 200 Millionen Franken allfällige Mehrkosten abdecken. Damit wird das finanzielle Risiko formal von der öffentlichen Hand (Bund und Kantone) auf die Trägerschaft verlagert. Diese Konstruktion reduziert zwar die unmittelbare rechtliche Haftung des Bundes. Sie bedeutet jedoch nicht, dass der Bund im Fall erheblicher Mehrkosten politisch unbeteiligt wäre. Der erläuternde Bericht hält selbst fest, dass Bund, Kantone und Gemeinden eine politische Mitverantwortung für das Gelingen des Projekts tragen. Hinzu kommen **substanzielle Verpflichtungen im Bereich Sicherheit, internationale Garantien sowie föderale Koordination, deren Kosten derzeit nur grobgeschätzt werden können**. Bereits im Dossier «Sion 2026» hielt der Bund ausdrücklich fest, dass die Unsicherheiten dieser föderalen Prozesse ein Finanzierungsrisiko darstellen und der Bundesbeitrag entsprechend auch an Bedingung geknüpft, dass sich die Kantone im vorgesehenen Umfang beteiligen.

Im Unterschied zu früheren Projekten wird die staatliche Risikobegrenzung heute weniger explizit geregelt. Es bleibt offen, welche Mechanismen greifen würden, falls die private Defizitgarantie ausgeschöpft wäre oder sich Sicherheitskosten wesentlich erhöhen. **Eine klar definierte Eskalationslogik fehlt**.

Für ein Projekt dieser Grössenordnung ist Transparenz über die effektive Risikoverteilung zwischen Bund, Kantonen und Trägerschaft zentral. Die formelle Begrenzung des Bundesbeitrags auf 200 Millionen Franken darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die öffentlichen Ausgaben im Sicherheitsbereich, bei internationalen Verpflichtungen und in der föderalen Koordination deutlich darüber hinausgehen können. Wer politische Mitverantwortung anerkennt, kann sich nicht einfach auf fehlende rechtliche Haftung berufen. **Ohne klar definierte Eskalationsmechanismen besteht die Gefahr, dass aus einer formell**

ausgeschlossenen Defizitgarantie faktisch eine politische Nachfinanzierungspflicht wird.

Generelle Kritik an OPWS:

Trotz der positiven Aspekte des Projekts ist die SP Schweiz zurückhaltend, was die Unterstützung der OPWS 2038 in der Schweiz angeht. Zwar hat das IOC 2020 noch unter Thomas Bach Reformen angestossen – mehr Transparenz, stärkerer Einbezug der IOC-Mitglieder bei der Selektion, Abkehr vom Gigantismus, mehr Nachhaltigkeit – und auch die Vergaben 2030 (Französische Alpen) und 2034 (Utah) machen zumindest Hoffnung auf eine neue Phase Olympischer Winterspiele, in der Bedenken in Punkto Austragungsort, demokratischer Mitbestimmung, Kostenfolge für die öffentliche Hand, Umweltschutz und Nachhaltigkeit ernst genommen werden.¹

Ein kritischer Blick auf die jüngsten Spiele in Milano/Cortina entlarvt die Reformbestrebungen des IOC jedoch vorerst noch als Olympisches Strohfeuer. Die Kolonisierung öffentlicher Räume durch private Sponsoren, soziale Verdrängung in den aufgewerteten Stadtteilen Mailands, die banale Zurschaustellung und Vermarktung nationaler Stereotype, gepaart mit politischer Repression gegen Kritiker:innen des Projekts, öffentliche Disruption durch strenge Sicherheitsvorkehrungen und Check-Points (analog zum WEF in Davos) sowie hohe Eintrittspreise sind ein Zeichen dafür, dass sich an der kapitalistischen

¹ Vgl. hierzu etwa die neue «Sustainability-Strategie» des IOC:
<https://stillmed.olympic.org/media/Document%20Library/OlympicOrg/Factsheets-Reference-Documents/Sustainability/2017-03-21-IOC-Sustainability-Strategy-English-01.pdf>

Extraktionslogik der Olympischen Spiele **auf Kosten der lokalen Bevölkerung** grundsätzlich wenig geändert hat.²

Analog zu grossen Fussballturnieren (EM und WM), die zwecks besserer **Vermarktung** mittlerweile verteilt über mehrere Länder stattfinden, lässt sich jüngst auch bei den OPWS eine Tendenz zur Dezentralisierung von Spielstätten ausmachen. Wie die Spiele in Milano/Cortina gezeigt haben, kommt eine solche Dezentralisierung vor allem dem internationalen Fernseh- und Streamingpublikum zugute, während die Stimmung vor Ort leidet. Von einer dezentralen Durchführung profitiert, wer die Bilder kontrolliert: das IOC. Die Rechte an den Olympischen Übertragungen sind bekanntlich neben dem Sponsoring *die* primäre Finanzierungsquelle des Anlasses. Sie bringen dem IOC Milliarden ein.³

Auch bezüglich **Nachhaltigkeit** sieht die Bilanz der Spiele in Milano/Cortina mager aus.⁴ Neben den üblichen wenig nachhaltigen Neubauprojekten (Snowpark in Livigno in unmittelbarer Nähe zu bestehenden Anlagen; Skischanze in Predazzo wenige Meter neben bestehenden Anlagen; Olympische Dörfer in Cortina und

² Olympische Spiele sind nie Spiele für die lokale Bevölkerung. Neben der Baubranche und der Tourismus- und Hotelindustrie vor allem Luxushersteller zu den grossen Gewinnern der OPWS in Milano/Cortina.

³ Im März 2025 haben etwa das IOC und das US-amerikanische Medien-Unternehmen Comcast NBC-Universal einen milliardenschweren Vertrag abgeschlossen. Kern ist eine Verlängerung des bestehenden und bis 2032 laufenden Kontrakts. Er umfasst nach IOC-Angaben die US-Medienrechte für die Winterspiele 2034 in Salt Lake City und die Sommerspiele 2036, die noch nicht vergeben sind. Das Volumen des Vertrages beträgt rund drei Milliarden US-Dollar (knapp 2,8 Milliarden Euro). Für den Zeitraum von 2021 bis 2032 sind es bereits 7,75 Milliarden US-Dollar (7,2 Milliarden Euro).

⁴ Vgl. etwa <https://www.olympics.com/de/milano-cortina-2026/news/olympische-spiele-und-deren-vermachtnis-augenmerk-auf-nachhaltigkeit>

Predazzo etc.) hat vor allem die Abholzung eines 150-Jahre alten Lärchenwaldes zum Ersatzbau der Bobbahn in Cortina international für Aufsehen gesorgt.⁵

Die **Klimakatastrophe in den Alpen** hat zudem dazu geführt hat, dass die durchschnittlichen Februar-Temperaturen in Cortina seit den letzten Olympischen Spielen in Cortina 1956 um 3.6 Grad Celsius gestiegen sind, die durchschnittliche Schneehöhe im Februar ist in den letzten 50 Jahren um 15cm zurückgegangen.⁶ Um die Olympischen Skipisten, den Snowpark und die Halfpipes zu präparieren – die Spiele 2026 fanden zu 100% auf Kunstschnee statt – mussten daher nicht weniger als vier neue alpine Stauseen bzw. Beschneiungsbecken gebaut werden. Als Folge der intensiven Produktion von Kunstschnee trockneten die beiden Flüsse Spöl in Livigno und Boite in Cortina fast vollständig aus, was zu Fischsterben und akuter Verschmutzung führte.⁷

Wie neuere Forschungen zu den Umweltfolgen von Olympischen Spielen zeigen, verstärken gerade dezentrale Spiele – die Streuung von Anlagen und Ausführungsorten über ein grosses geographisches Gebiet – die Auswirkungen auf die ohnehin schon stark belastete Umwelt.⁸ Auch wenn der Projektvorschlag des Vereins OPWS Schweiz 2038 für seinen dezentralen Ansatz viel Lob erhält, gilt es

⁵ Vgl. <https://greenmarked.it/the-mad-revival-of-bobsledding-in-cortina/>

⁶ Vgl. hierzu die Grafiken in: <https://www.climatecentral.org/climate-matters/2026-warming-winter-olympics>

⁷ Vgl. <https://www.aa.com.tr/en/sports/can-the-winter-olympics-survive-climate-change/3829008#>. In ihren verzweifelten Versuchen, den Rückstand beim Bau der Stauseen aufzuholen, begannen die Organisatoren, so viel Wasser wie möglich aus den bereits von Dürre betroffenen Alpenflüssen zu pumpen. Laut Analyse der Hydrologin Carmen De Jong nutzten sie vorübergehende Ausnahmeregelungen, um die drei- bis fünffache Menge der zulässigen Wassermenge aus dem Spöl in Livigno und dem Boite in Cortina zu entnehmen.

⁸ Vgl. hierzu De Jong, Carmen, Umweltauswirkungen von Skigebieten und Olympischen Winterspielen, in: Sportgeographie: ökologische, ökonomische und soziale Perspektiven, Wiesbaden 2023, S. 101-117.

die Befunde der Umweltforschung ernst zu nehmen. Spiele, die über ein ganzes Land verteilt stattfinden, tangieren nicht nur deutlich mehr Menschen durch Sicherheitsvorkehrungen, Bauvorhaben und Verkehrsbeschränkungen, sondern erhöhen auch **die Last für das fragile alpine Ökosystem**.

Angesichts dieser Befunde **stellt die SP Schweiz die Nachhaltigkeit und Sinnhaftigkeit von OPWS im Alpenraum generell in Frage**. Sollte dennoch am Projekt OPWS Schweiz 2038 festgehalten werden, knüpfen wir unsere Unterstützung an **Bedingungen**:

- Olympia 2038 muss ein **nachhaltiges, soziales und ökologisches Legacy-Projekt für die gesamte Bevölkerung** sein – kein Prestigeanlass für wenige. Von Olympia sollen alle profitieren – sozial, ökologisch und sportlich.
- Die **Kostenfolge** für die öffentliche Hand muss so gering wie möglich ausfallen und **strikt begrenzt** werden. Vor allem in Bezug auf die Höhe der Sicherheitskosten bei dezentralen Spielen bestehen erhebliche Unsicherheiten. Diese dürfen nicht dazu führen, dass sich hinter formell ausgeschlossenen Defizitgarantien faktisch zusätzlich staatliche Verpflichtungen verbergen.
- braucht eine transparente und verbindliche Regelung, wie und von wem Mehrkosten abgedeckt werden, die über die vorgesehene Reserve und die privat gestellte Garantie gehen würden
- Es braucht **verbindliche Nachhaltigkeitsziele**. Das bedeutet etwa: Nutzung bestehender Infrastruktur, keine Neubauten und nur minimale Umbauten, konsequente CO₂-Reduktion, klimafreundliche Mobilität und klare Biodiversitätsstandards. Natur- und Landschaftsschutz haben Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen.

- Die Spiele müssen **höchstmögliche soziale Standards** erfüllen: Gute Arbeitsbedingungen bei der Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der Spiele müssen konsequent eingehalten, faire Löhne bezahlt werden.
- der Fokus darf nicht allein auf der Durchführung des Grossanlasses liegen. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass die Gesellschaft durch eine verstärkte Förderung von Sport und Bewegung langfristig gewinnt. Wir fordern eine umfassende **Förderstrategie für den Breiten- und Leistungssport**, die untrennbar mit den OPWS 2038 verknüpft ist.
- **Inklusion und Gleichstellung:** Olympia 2038 soll gezielt Programme fördern, die Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sowie Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt in den Sport einbeziehen. Die Gleichstellung der Geschlechter im Sport – bei Förderung, Löhnen, Sichtbarkeit und Führungspositionen – ist verbindlich sicherzustellen. Gerade die Paralympischen Spiele sind mehr als ein sportlicher Anlass: Sie können Sichtbarkeit schaffen, Barrieren abbauen und Impulse für dauerhafte Verbesserungen setzen. Diese Chance gilt es zu nutzen.
- Im Falle einer Beteiligung des Bundes müssen die **Eintritts-Tickets** für die Anlässe für alle **erschwinglich** sein.
- **Demokratische Partizipation:** Umweltverbände und -gruppen sowie die Lokalbevölkerung sind frühzeitig und verbindlich in die Planung und Umsetzung des Grossanlasses miteinzubeziehen. Finanzierung, Risiken und Verträge sind transparent offenzulegen.

Beschluss von grosser Tragweite:

Für die SP Schweiz ist nicht nachvollziehbar, wie der Bundesrat zum Beschluss gelangt, die OPWS 2028 nicht als ein Ereignis von grosser Tragweite zu

qualifizieren. Die Olympischen Winterspiele 2038 sind kein lokaler Sportanlass, sondern ein nationales „Generationenprojekt“ verteilt über 14 Gemeinden in 10 Kantonen, mit erheblichen finanziellen, sicherheitspolitischen und logistischen Konsequenzen.

Wer diesen Beschluss trifft, tangiert die Bewegungsfreiheit, die Sicherheit und die Ressourcen von Bürger:innen in zahlreichen Regionen über Jahre hinweg. Für die SP Schweiz ist klar: es braucht **eine verbindliche demokratische Legitimation**. Dies forderte auch Bundesrätin Viola Amherd an ihrer Pressekonferenz im September 2024, als sie betonte, dass «es ganz wichtig (sei) in diesem Prozess, dass die Bevölkerung auch einbezogen wird. Wir wollen nur Spiele durchführen, die von der Bevölkerung breit getragen werden.»⁹ **Die SP Schweiz fordert daher den Bundesrat auf, den Bundesbeschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen.** Die Bevölkerung soll frühzeitig über die allgemeine Unterstützung des Bundes bei Olympischen Spielen entscheiden können, wie es die SP Schweiz schon länger fordert.¹⁰

Der Entscheid des Bundesrats ist nicht zuletzt deshalb unverständlich, weil er jüngst in seinem Bericht zum Postulat WBK-N 21.3022 «Mitsprache bei Olympischen Spielen und anderen Mega-Events» ein Spezialgesetz noch mit der Begründung abgelehnt hatte, dass ja «ein frühzeitiger Einbezug des Parlaments und ein breiter öffentlicher Dialog bei zukünftigen Initiativen für OPWS in der Schweiz durch einen Grundsatz- und Planungsbeschluss nach Artikel 28 ParlG sichergestellt werden»

⁹ Vgl. <https://www.srf.ch/news/schweiz/kandidatur-fuer-winterspiele-bundesrat-stellt-sich-hinter-schweizer-olympia-plaene-fuer-2038>

¹⁰ Vgl. hierzu Pa. Iv. 18.445 Semadeni, Silva: «Fakultatives Referendum für die Unterstützung Olympischer Spiele durch den Bund».

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180445>

könne.¹¹ Gemäss Bericht handle es sich bei den OPWS um eine der «bedeutendsten Grossveranstaltungen weltweit», deren Planung und Durchführung «als nationales Generationenprojekt» bezeichnet werden könne. **Der vorliegende Grundsatz- und Planungsbeschluss ist daher gemäss Artikel 28, Absatz 3 des Parlamentsgesetzes als Beschluss von grosser Tragweite zu qualifizieren und dem fakultativen Referendum zu unterstellen.**

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen.

SP Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Sandro Liniger
Politischer Fachsekretär

¹¹ Vgl. den Bericht unter <https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2021/20213022/Bericht%20BR%20D.pdf>, S. 14.